

Der Oberbürgermeister  
Plauen, 25.11.2025

## Niederschrift über die 12. Sitzung des Stadtrates der Stadt Plauen

**Sitzung am:** Dienstag, den 21.10.2025  
**Sitzungsort:** Großen Ratssaal des Rathauses,

**Beginn:** 15:30 Uhr      **Ende:** 22:03 Uhr

### Anwesenheit:

Von 43 stimmberechtigten Mitgliedern des Stadtrates der Stadt Plauen sind 30 ständig anwesend.

**Vorsitzender:** Oberbürgermeister Steffen Zenner

Stimmberechtigtes Mitglied	Stimmberechtigtes Mitglied	Stimmberechtigtes Mitglied
Heike Betram	Sebastian Heydel	Thomas Salzmann
Dieter Blechschmidt	Christian Kellner	Georg Schatzberg
Ingo Eckardt	Kerstin Knabe	Jörg Schmidt
Cornelia Erhardt	Prof. Dr. Lutz Kowalzik	Tim Schuster
Sven Gerbeth	Rico Kusche	Maik Schwarz
Helmar Gerisch	Lars Legath	Diana Simon
Lars Gruber	Steffi Liedtke	Bernd Stubenrauch
Claudia Hänsel	Monika Mühle	Stephan Uhlig
Ronny Hering	Michael Petzold	Mathias Weiser
Christian Hermann	Petra Rank	

### Zeitweise Anwesende

Zeitweise anwesend sind 9 stimmberechtigte Mitglieder des Stadtrates der Stadt Plauen.

Stimmberechtigtes Mitglied	während TOP
Daniel Beegen	bis TOP 3.11.
Belinda Eißmann	ab TOP 1.6.
Stefan Golle	bis TOP 4
Jens Heinritz	bis TOP 4
Eric Holtschke	bis TOP 3.11
Maike Kühn	ab TOP 1.7
Nick Simon	ab TOP 1.6
Mary Wachsmuth	ab TOP 2.4
Diana Zierold	ab TOP 2.1

### Abwesenheit:

Abwesend sind 4 stimmberechtigte Mitglieder des Stadtrates der Stadt Plauen.

Stimmberechtigtes Mitglied	Abwesenheitsgrund
Frank Erhardt	Entschuldigt
Alexandra Glied	Entschuldigt
Yvonne Gruber	Entschuldigt
Max-Dominik Windisch	entschuldigt



**Tagesordnung:**

- TOP 1 Eröffnung der Sitzung
- TOP 1.1 Feststellung der Beschlussfähigkeit
- TOP 1.2 Abberufung eines Mitgliedes des Stadtrates der Stadt Plauen  
**BSV-211/2025**
- TOP 1.3 Abberufung eines Mitgliedes des Stadtrates der Stadt Plauen  
**BSV-212/2025**
- TOP 1.4 Neuberufung als Mitglied des Stadtrates der Stadt Plauen  
**BSV-216/2025**
- TOP 1.5 Neuberufung als Mitglied des Stadtrates der Stadt Plauen  
**BSV-217/2025**
- TOP 1.6 Vereidigung von neuen Mitgliedern des Stadtrates der Stadt Plauen
- TOP 1.7 Tagesordnung
- TOP 1.8 Beantwortung von Anfragen
- TOP 1.9 Bekanntgabe von Beschlüssen aus der nichtöffentlichen Sitzung des Stadtrates am 09.09.2025
- TOP 1.10 Informationen des Oberbürgermeisters
- TOP 2 Information**
- TOP 2.1 Berichterstattung zum Haushaltsplan per 30.06. mit den wesentlichen Abweichungen zum Haushaltsplan für das Jahr 2025  
**INV-049/2025**
- TOP 2.2 Jahresabschluss 2024 der Wohnungsbaugesellschaft Plauen mbH  
**INV-044/2025**
- TOP 2.3 Jahresabschluss 2024 der BÄDER PLAUEN GmbH  
**INV-048/2025**
- TOP 2.4 Jahresabschluss 2024 der Plauener Straßenbahn GmbH  
**INV-042/2025**
- TOP 2.5 SportForum Vogtland – Vorschlag zur Benennung der Tribünen  
**INV-037/2025**  
- Antrag der CDU-Fraktion, **Reg. Nr. 78-25**
- TOP 3 Beschlussfassung**
- TOP 3.1 Abberufung von ordentlichen und stellvertretenden Mitgliedern aus den Ausschüssen des Stadtrates der Stadt Plauen  
**BSV-219/2025**
- TOP 3.2 Abberufung von ordentlichen und stellvertretenden Mitgliedern aus den Ausschüssen des Stadtrates der Stadt Plauen  
**BSV-220/2025**
- TOP 3.3 Neuberufung von Mitgliedern in den Ältestenrat  
**BSV-221/2025**
- TOP 3.4 Neuberufung von ordentlichen und stellvertretenden Mitgliedern in die Ausschüsse des Stadtrates der Stadt Plauen  
**BSV-215/2025**
- TOP 3.5 Sitzungskalender 2026 für den Stadtrat und seine Ausschüsse  
**BSV-192/2025**
- TOP 3.6 5. Rechtsverordnung der Stadt Plauen über die verkaufsoffenen Sonntage anlässlich des 30jährigen Jubiläums des Vereins Vogtländischer Bauernmarkt e.V. am 09.11.2025 nach § 8 Abs. 1 Sächsisches Ladenöffnungsgesetz  
**BSV-201/2025**
- TOP 3.7 Bebauungsplan Nr. 031 Regionaler Vorsorgestandort "Industrie- und Gewerbegebiet Plauen - Oberlosa Teil 1" - Billigungs- und Auslegungsbeschluss  
**BSV-195/2025**
- TOP 3.8 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 043 „Erweiterung Stadtbad Plauen und Ausbau Turnstraße“ – Aufstellungsbeschluss  
**BSV-204/2025**
- TOP 3.9 2. Verlängerung des Sanierungsgebietes “Östliche Bahnhofsvorstadt“ Plauen  
**BSV-205/2025**
- TOP 3.10 Bereitstellung überplanmäßiger Haushaltsmittel für Mitlaufmaßnahmen der Straßenbeleuchtung  
**BSV-203/2025**
- TOP 3.11 Antrag der SPD/Initiative-Fraktion - Keine Erhöhung der Kitagebühren  
**Reg.-Nr. 72/25** - Stellungnahme der Verwaltung
- TOP 4 Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

## 1 Eröffnung der Sitzung

Die 12. Sitzung des Stadtrates der Stadt Plauen wird durch Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung von Oberbürgermeister Steffen Zenner eröffnet und geleitet.

Gemäß § 39 Absatz 1 SächsGemO weist Oberbürgermeister Zenner darauf hin, dass eine Verletzung von Form oder Frist der Ladung eines Gemeinderatsmitglieds als geheilt gilt, wenn das Mitglied zur Sitzung erscheint und den Mangel nicht spätestens bei Eintritt in die Tagesordnung der Sitzung geltend macht.

Mit Einverständnis des Stadtrates werden zur Mitunterzeichnung der Niederschrift Stadträtin Claudia Hänsel, Vorsitzende der Fraktion Die Linke/Grüne, und Stadtrat Ingo Eckardt, Fraktion Freie Bürgerliste Plauen, bestellt.

Zu Beginn der heutigen Sitzung wurde zum TOP 3.11 der Änderungsantrag der CDU-Fraktion, **Reg. Nr. 84-24** ausgereicht.

### 1.1 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Oberbürgermeister Zenner stellt fest, dass die Beschlussfähigkeit des Stadtrates der Stadt Plauen mit 34 anwesenden stimmberechtigten Mitgliedern des Stadtrates (einschließlich Oberbürgermeister) gewährleistet ist.

### 1.2 Abberufung eines Mitgliedes des Stadtrates der Stadt Plauen BSV-211/2025

**Beschluss:**

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt:

Es wird festgestellt, dass Herr Markus Witte aus dem Stadtrat der Stadt Plauen ausgeschieden ist.

**Abstimmungsergebnis: 34 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen**  
**Beschluss-Nr.: 12/25-1**

### 1.3 Abberufung eines Mitgliedes des Stadtrates der Stadt Plauen BSV-212/2025

**Beschluss:**

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt:

Es wird festgestellt, dass Frau Diana Tarnawski aus dem Stadtrat der Stadt Plauen ausgeschieden ist.

**Abstimmungsergebnis: 34 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen**  
**Beschluss-Nr.: 12/25-2**

### 1.4 Neuberufung als Mitglied des Stadtrates der Stadt Plauen BSV-216/2025

**Beschluss:**

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt:

Es wird festgestellt, dass Herr Nick Simon gemäß § 34 Abs. 2 SächsGemO als Mitglied in den Stadtrat der Stadt Plauen nachrückt.

**Abstimmungsergebnis: 33 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; 1 Stimmenthaltung**  
**Beschluss-Nr.: 12/25-3**

## **1.5 Neuberufung als Mitglied des Stadtrates der Stadt Plauen BSV-217/2025**

### **Beschluss:**

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt:

Es wird festgestellt, dass Frau Belinda Eißmann gemäß § 34 Abs. 2 SächsGemöO als Mitglied in den Stadtrat der Stadt Plauen nachrückt.

**Abstimmungsergebnis: 34 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen  
Beschluss-Nr.: 12/25-4**

## **1.6 Vereidigung von neuen Mitgliedern des Stadtrates der Stadt Plauen**

Oberbürgermeister Zenner bittet Frau Belinda Eißmann und Herrn Nick Simon für die Vereidigung nach vorn.

Oberbürgermeister Zenner trägt vor, dass die beiden oben genannten zu Beginn der heutigen Sitzung eine Verpflichtungserklärung in zweifacher Ausfertigung schriftlich erhalten. Der darin enthaltene, nach § 1 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen vorgeschriebene Verpflichtungstext wurde um Gesetzestexte zur Verschwiegenheitspflicht und zur Befangenheitsfrage erweitert. Auf diese Pflichten macht Oberbürgermeister Zenner hiermit ausdrücklich aufmerksam gemacht.

Oberbürgermeister Zenner verliest den Verpflichtungstext wie folgt:

„Ich verpflichte mich, meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, die Verfassung des Freistaates Sachsen und die Gesetze zu beachten sowie meine Pflichten zum Wohle der Stadt Plauen zu erfüllen.“  
(Eine religiöse Formel kann angeschlossen werden.)

Oberbürgermeister Zenner bittet Frau Eißmann und Herrn Simon, diesen Text nachzusprechen und anschließend die Verpflichtungserklärung zu unterschreiben.

Oberbürgermeister Zenner stellt fest, dass Frau Eißmann und Herr Simon die Verpflichtungserklärung unterschrieben haben. Damit ist die vorgeschriebene öffentliche Verpflichtung als Mitglied des Stadtrates der Stadt Plauen durch den Oberbürgermeister erfolgt.

Stadträtin Belinda Eißmann gehört der Fraktion Bündnis Sahra Wagenknecht an.  
Stadtrat Nick Simon gehört der AfD-Fraktion an.

## **1.7 Tagesordnung**

Zur Tagesordnung liegt der Antrag der CDU-Fraktion, **Reg. Nr. 78-25**, vor.

Oberbürgermeister Zenner teilt mit, dass heute nur über den ersten Teil des o. g. Antrages beschlossen werden könne. Über die Benennung der einzelnen Tribünen soll zu einem späteren Zeitpunkt gesondert abgestimmt werden.

### **Beschluss zum Antrag, Reg. Nr. 78-25:**

Die CDU-Fraktion stellt folgenden Antrag: Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die o.g. Informationsvorlage von der Tagesordnung zu nehmen und die Bezeichnungen der Tribünen im SportForum Vogtland vorerst auszusetzen.  
Die Tribünen sind wie allgemein üblich mit A, B, C und D zu beschriften

**Abstimmungsergebnis: 13 Ja-Stimmen; 21 Nein-Stimmen; 3 Stimmenthaltungen  
Beschluss-Nr.: 12/25-5  
Der Antrag wird mit Stimmenmehrheit abgelehnt.**

## **1.8 Beantwortung von Anfragen**

Es gibt keine offenen Anfragen aus der letzten Stadtratssitzung.

## **1.9 Bekanntgabe von Beschlüssen aus der nichtöffentlichen Sitzung des Stadtrates am 09.09.2025**

Der Stadtrat der Stadt Plauen hat die Übertragung einer höherwertigen Tätigkeit (Führung auf Probe) an Frau Sarah Kühnel mit Wirkung zum 01.10.2025 als Fachdirektorin der Galerie e.o.plauen - Kunstmuseum Erich Ohser im Geschäftsbereich I, Kulturbetrieb, beschlossen.

Der Stadtrat der Stadt Plauen hat die öffentliche Ausschreibung zum Verkauf eines Flurstücks der Gemarkung Kauschwitz beschlossen. Die bestehenden Pacht- und Gestattungsverträge sind vom Erwerber zu übernehmen.

## **1.10 Informationen des Oberbürgermeisters**

Oberbürgermeister Zenner weist auf die 15. Auflage der Deutsch-Deutschen Filmtage hin. Diese finden vom 13.11.2025 bis zum 19.11.2025 statt. Schirmherr wird in diesem Jahr Herr Ministerpräsident Michael Kretschmer sein.

Oberbürgermeister Zenner teilt mit, dass er mit dem Landrat des Vogtlandkreises ein erstes Abstimmungsgespräch zur Zukunft der Plauener Straßenbahn am 14.11.2025 führen wird.

## **2 Information**

### **2.1 Berichterstattung zum Haushaltsplan per 30.06. mit den wesentlichen Abweichungen zum Haushaltsplan für das Jahr 2025 INV-049/2025**

Frau Peggy Hein, Fachbedienstete für das Finanzwesen, erläutert den Inhalt der Vorlage.

#### **Information:**

Der Stadtrat der Stadt Plauen nimmt die in der Anlage dargestellte Berichterstattung zum Haushaltsplan 2025 per 30.06. mit den wesentlichen Abweichungen zum Haushaltsplan für das Jahr 2025 zur Kenntnis.

**Abstimmungsergebnis: zur Kenntnis genommen**

### **2.2 Jahresabschluss 2024 der Wohnungsbaugesellschaft Plauen mbH INV-044/2025**

Oberbürgermeister Zenner begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Ulrich Jacob, Geschäftsführer der Wohnungsbaugesellschaft Plauen mbH (WbG), und erteilt ihm Rederecht.

Herr Ulrich Jacob stellt den Unternehmensverbund der WbG und Immobilien Service Plauen GmbH (ISP) sowie den Verein Wohn und Lebensräume e. V. mit seinen Tätigkeitsfeldern vor  
Er führt u. a. folgendes aus:

Die WbG verfügt zum Bilanzstichtag 31.12.2024 über 7.444 Wohnungen. Zusätzlich würden durch die WbG 141 Gewerbeeinheiten und rund 3.750 sonstige Miet- und Pachtverhältnisse betreut.

Die Tochtergesellschaft ISP sei für Dienstleistungen rund ums Wohnen zuständig, darunter Hausmeisterdienste, Handwerkerleistungen, Wärmemessdienste, Pflege öffentlicher Grünflächen und Projektsteuerung.

Der Verein Wohn- und Lebensräume e.V. übernehme Aufgaben wie Sozialberatung, Pflegedienste, Kinder- und Jugendarbeit sowie betreutes Wohnen.

Anschließend erläutert Herr Jacob anhand einer Präsentation den Jahresabschluss 2024 der Wohnungsbaugesellschaft Plauen mbH.

Zur Finanzlage erklärt Herr Jakob, dass die Mittel aus der laufenden Geschäftstätigkeit sowie die Verminderung des Finanzmittelbestands zur Finanzierung der Investitionen und Tilgungen herangezogen worden seien. Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit habe 5.236,9 TEUR betragen, was nicht ausreicht habe, um die planmäßige Tilgung von 6.188,37 TEUR und die Zinszahlungen von 1.335,5 TEUR zu decken. Dennoch sei die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft im Berichtsjahr und in naher Zukunft gewährleistet.

Er erläutert, dass die Ertragslage durch höhere Instandhaltungsaufwendungen und Verwaltungskosten belastet worden sei. Dem stünden jedoch höhere Mieten und geringere Zinsaufwendungen gegenüber. Das Hausbewirtschaftungsergebnis sei weiterhin durch den strukturellen Leerstand beeinträchtigt. Die Prüfer hätten dem Jahresabschluss 2024 und dem Lagebericht einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt.

Abschließend nennt Herr Jakob vier aktuelle Schwerpunktaufgaben der WBG:

- die Bewältigung des steigenden Unterstützungsbedarfs im sozialen Bereich
- die stark steigenden Kosten für CO<sub>2</sub>-Emissionen,
- die energetische Sanierung der Bestände zur Sicherung bezahlbaren Wohnens und die Anpassung des Wohnraums an die demografische Entwicklung.

#### **Information:**

Der Stadtrat der Stadt Plauen nimmt den Jahresabschluss 2024 der Wohnungsbaugesellschaft Plauen mbH, vorgestellt durch den Geschäftsführer Herrn Ulrich Jacob, zur Kenntnis.

#### **Abstimmungsergebnis: zur Kenntnis genommen**

### **2.3 Jahresabschluss 2024 der BÄDER PLAUEN GmbH INV-048/2025**

Oberbürgermeister Steffen Zenner begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Ronny Adler, Geschäftsführer der BÄDER Plauen GmbH und erteilt ihm Rederecht.

Oberbürgermeister Zenner weist darauf hin, dass die derzeitige Auslastung des Stadtbades äußerst hoch sei und es bereits zu einer Überlastung komme. Er erläutert, dass spontane Besuche des Schwimmbades für die Bevölkerung zunehmend problematisch würden. Dies führe zu Unmut, der regelmäßig an ihn und Bürgermeister Kämpf herangetragen werde. Um dieser Situation entgegenzuwirken, bekräftigt er die Absicht der Stadtverwaltung, weiterhin einen Anbau des Stadtbades zu ermöglichen.

Herr Ronny Adler gibt einen umfassenden Rückblick auf das Geschäftsjahr 2024.

Herr Adler berichtet, dass das Stadtbad Plauen und die Sauna ganzjährig betrieben werden, abgesehen von den Schließzeiten für Wartungs- und Reparaturarbeiten. Die Freibäder Haselbrunn und Preißelpöhl hingegen sind saisonal geöffnet. Die Freibadsaison 2024 sei durch wechselhaftes Wetter geprägt gewesen, was sich auf die Besucherzahlen ausgewirkt habe. Er hebt hervor, dass die Besucherzahlen des Stadtbades Plauen mit 195.539 Gästen deutlich über den ursprünglich geplanten Kapazitäten liegen.

Herr Adler teilt weiterhin mit, dass eine wesentliche Änderung im Jahr 2024 die Umstellung der Bezuschussung der Gesellschaft gewesen sei. Aufgrund eines Urteils des Bundesfinanzhofs sei die Finanzierung von einer tätigkeitsbezogenen auf eine abrechnungsbezogene Bezuschussung umgestellt worden. Dies habe zu einer Reduzierung der Zuschüsse für das Stadtbad von 920 TEUR im Jahr 2023 auf 517 TEUR im Jahr 2024 geführt.

Er betont, dass die Gesellschaft aufgrund der geänderten Bezuschussung nun stärker von der finanziellen Unterstützung der Stadt Plauen abhängig sei. Die Fähigkeit, größere Investitionen ohne städtische Zuschüsse zu tätigen, sei nicht mehr gegeben.

Die Wirtschaftsplanung für 2025 gehe von einem weiteren Jahresfehlbetrag in Höhe von 740 TEUR aus. Auch in den Folgejahren bis 2029 seien planmäßig negative Jahresergebnisse zu erwarten.

Oberbürgermeister Zenner ergänzt, dass die Photovoltaikanlagen der Gesellschaft eine Gesamtleistung von 230 Kilowatt Peak hätten und jährlich rund 220.000 Kilowattstunden Strom produzieren könnten. Die Anlagen trügen zur Reduzierung der Stromkosten bei und seien ein wichtiger Schritt in Richtung Nachhaltigkeit.

Er hebt zudem hervor, dass jedes Kind in Plauen die Möglichkeit haben solle, schwimmen zu lernen, und betont die Bedeutung des Schwimmsports für die Stadt Plauen.

Stadtrat Rico Kusche, SPD/Initiative-Fraktion, erkundigt sich nach der Wirtschaftlichkeit des geplanten Anbaus an das Stadtbad Plauen.

Herr Adler antwortet, dass die zusätzlichen Umsatzerlöse die Mehrkosten übersteigen würden, da der Anbau energieneutral geplant sei.

#### **Information:**

Der Stadtrat der Stadt Plauen nimmt den Jahresabschluss 2024 der BÄDER PLAUEN GmbH, vorgestellt durch den Geschäftsführer Herrn Ronny Adler, zur Kenntnis.

#### **Abstimmungsergebnis: zur Kenntnis genommen**

### **2.4 Jahresabschluss 2024 der Plauener Straßenbahn GmbH INV-042/2025**

Oberbürgermeister Zenner begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Karsten Treiber, Geschäftsführer der Plauener Straßenbahn GmbH, und erteilt ihm Rederecht.

Herr Karsten Treiber erläutert, dass aufgrund von gestiegenen Energiepreisen und den Auswirkungen von Tarifverträgen ein Anstieg der Material- und Personalaufwendungen um etwa 800 TEUR zu verzeichnen sei. Er betont, dass der Personalbestand nicht maßgeblich gewachsen sei, sondern die gestiegenen Kosten auf die abgeschlossenen Tarifverträge zurückzuführen wären.

Im Bereich der Abschreibungen und Investitionen hebt er hervor, dass seit 2018 bis 2023 ein negativer Saldo bestand, was auf einen Substanzverlust hinweise. Er führt aus, dass im Jahr 2024 erstmals seit Jahren die Investitionen die Abschreibungen um 3 Mio. EUR übersteigen würden, was vor allem auf den Ersatzneubau der neuen Elsterbrücke, das eBus-Projekt und die Anschaffung von 20 neuen Fahrscheinautomaten zurückzuführen sei. Dennoch betont er, dass die einfache Reproduktion aufgrund der Inflation nicht ausreiche, um den Substanzerhalt des Unternehmens zu gewährleisten.

Herr Treiber berichtet weiter über die Entwicklung des Personalbestands.

Während im Jahr 2009 noch 129 Mitarbeiter beschäftigt waren, sei die Zahl bis 2023 auf 109 gesunken. Für 2024 gäbe es jedoch ein Anstieg um vier Stellen, was u. a. mit einer Übergangszeit bzgl. eines Generationenwechsels in der Straßenbahnwerkstatt zusammenhängen würde.

Herr Treiber erläutert die finanzielle Unterstützung der Plauener Straßenbahn GmbH durch die Stadt Plauen. Für das Jahr 2024 sei eine Gewinnabführung der Abfallentsorgung in Höhe von 324 TEUR vorgesehen. Er hebt hervor, dass die Gewinnabführungen der Stadtwerke Erdgas aufgrund des hart umkämpften Marktes deutlich geringer ausfielen als noch vor zehn Jahren. Zudem seien für 2024 eine Einzahlung in die Kapitalrücklage in Höhe von 700 TEUR sowie Investitionszuschüsse von 759 TEUR vorgesehen. Er betont, dass die Umsatzerlöse von 2023 auf 2024 gesteigert werden konnten, was auf Anpassungen des Beförderungstarifs zurückzuführen sei. Allerdings würden diese Anpassungen aufgrund des Deutschland-Tickets nicht die gewünschten Effekte erzielen.

Herr Treiber führt aus, dass der Jahresfehlbetrag 2024 mit 3,1 Mio. EUR deutlich höher ausfalle als der Jahresüberschuss von 310 TEUR im Jahr 2023. Dies sei unter anderem auf den Wegfall von Sonderzahlungen für energiebedingte Mehraufwendungen und Corona-Hilfen sowie auf die Reduzierung der Strompreispbremse zurückzuführen.

Zudem seien die Kosten für Personalaufwand gestiegen, während der Materialaufwand zwar gesenkt werden konnte, jedoch insgesamt ein Anstieg der Kosten von 13,7 Mio. EUR auf 14,7 Mio. EUR zu verzeichnen sei.

Herr Treiber erläutert die Bilanz des Unternehmens.

Auf der Aktivseite sei ein Anstieg der Sachanlagen von 28,5 Mio. EUR auf 31,5 Mio. EUR zu verzeichnen, was u. a. auf Investitionen wie die neue Elsterbrücke zurückzuführen sei.

Der Kassenbestand habe Ende 2023 über 8 Mio. EUR betragen, dies stehe im Zusammenhang mit dem Zufluss von Fördermitteln – z. B. für die neue Elsterbrücke und Fahrscheinautomaten. Auf der Passivseite hebt er die Einzahlung von 700 TEUR in die Kapitalrücklage sowie den Anstieg der Sonderposten für Investitionszuschüsse hervor.

Herr Treiber betont, dass Ertragssteigerungen, insbesondere durch das Deutschland-Ticket, kaum möglich seien, da die Einnahmen auf Basis der Zahlen von 2019 berechnet würden und Einsparungen bei der Verkehrsleistung zu einer Minderung der Abgeltung führten.

Im Bereich der Photovoltaik sei die Umsetzung aufgrund statischer Probleme bei den Dachflächen und fehlender Finanzierungsmöglichkeiten schwierig. Er berichtet, dass ein Einstellungsstopp verfügt wurde, um auf die ungewisse finanzielle Situation zu reagieren. Einsparungen seien vor allem im Bereich der Verkehrsleistung möglich, was jedoch schmerzhaft Einschnitte bedeuten würde.

Herr Treiber informiert über laufende Projekte, darunter ein Fördermittelantrag für ein Digitalisierungsprojekt mit einem Gesamtvolumen von 3,2 Mio. EUR. Dieses Projekt umfasse unter anderem die Umstellung auf Mobilfunk, die Einführung von Echtzeitinformationen für Fahrgäste und bargeldlose Bezahlung in den Fahrzeugen. Die Förderung belaufe sich auf 45 %, während der Eigenanteil des Unternehmens bei 12,5 % liegen würde. Der Fördermittelbescheid stehe jedoch noch aus, und die endgültige Umsetzung hänge von der Zustimmung des Gesellschafters ab.

Herr Treiber berichtet abschließend, dass der Wirtschaftsprüfer dem Jahresabschluss einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt habe, was die Ordnungsmäßigkeit des Abschlusses bestätige.

Auf Nachfrage des Oberbürgermeisters antwortet Herr Treiber, dass die Plauener Straßenbahn GmbH im vergangenen Jahr 7,77 Millionen bis 8 Millionen Linienbeförderungsfälle verzeichnet habe. Er erläutert, dass diese Zahl die Fahrten von Einstieg bis Ausstieg umfasse, während Unternehmensbeförderungsfälle Umstiege nicht gesondert zählten.

Oberbürgermeister Zenner hebt hervor, dass Plauen die einzige Kommune im Vogtlandkreis sei, die städtische Mittel für den öffentlichen Personennahverkehr bereitstelle, während andere Kommunen vollständig durch den vogtländischen Verkehrsverbund oder den Vogtlandkreis finanziert würden. In den kommenden Jahren sollen 11,1 Mio. EUR aus dem Haushalt des Vogtlandkreises in den vogtländischen Verkehrsverbund fließen, um den Busverkehr in der Region sicherzustellen.

Oberbürgermeister Zenner betont, dass es wichtig sei, diese Mittel zu sichern, und appelliert insbesondere an die Plauener Kreisräte, sich für die Unterstützung der Plauener Straßenbahn einzusetzen. Er weist darauf hin, dass die Straßenbahn in Plauen in der Vergangenheit kontinuierlich an Veränderungen angepasst wurde und auch Zukunftspläne existieren, die am 14. November 2025 erstmals mit dem Landrat diskutiert werden sollen.

Oberbürgermeister Zenner hebt hervor, dass es letztlich um die Bereitstellung zusätzlicher finanzieller Mittel für die Plauener Straßenbahn GmbH gehe.

Stadtrat Dieter Blechschmidt, CDU-Fraktion, fragt nach, ob die in der präsentierten Grafik dargestellten finanziellen Werte der Straßenbahn im Vergleich zum Bus korrekt interpretiert wurden. Er verweist darauf, dass die Straßenbahn im Vergleich zum Bus ähnliche finanzielle Werte aufweise und dies in der Diskussion um Alternativen wie den Busverkehr von Bedeutung sei.

Herr Treiber erläutert, dass die präsentierten Grafiken einen Vergleich mit anderen Verkehrsunternehmen darstellen. Er führt aus, dass die Schiene grundsätzlich teurer sei, da sie zusätzliche Infrastrukturkosten mit sich bringe, die beim Busverkehr nicht anfallen und stattdessen von der Allgemeinheit oder der Kommune im Bereich Straßenbau getragen würden.

Er betont jedoch, dass die Kosten für den Busverkehr in Plauen im Vergleich zu anderen Stadtverkehren im unteren Bereich liegen, während die Straßenbahn im Bereich zwischen dem Minimal- und dem Mittelwert angesiedelt und somit ebenfalls vergleichsweise gut aufgestellt sei.

Oberbürgermeister Zenner erläutert, dass sich sowohl lokale als auch deutschlandweite Stimmen an ihn wenden, um die Bedeutung der Straßenbahn für die Stadt Plauen zu betonen. Er führt aus, dass sich unter anderem ganze Altersheime aus der Stadt an ihn gewandt hätten, um ihre Unterstützung für die Plauener Straßenbahn zu bekunden.

Oberbürgermeister Zenner hebt hervor, dass die Straßenbahn nicht nur einen praktischen Nutzen durch ihre hohe Beförderungskapazität biete, sondern auch einen ästhetischen Mehrwert für das Stadtbild darstelle. Darüber hinaus betont er, dass die Straßenbahn für die Stadt Plauen nicht nur im touristischen Bereich von Bedeutung sei, sondern auch ein Symbol für den Stadtstolz darstelle.

Oberbürgermeister Zenner erklärt, dass die Stadt Plauen alles daransetzen werde, die Plauener Straßenbahn in die Zukunft zu führen. Es sei keineswegs das Ziel, die Plauener Straßenbahn abzuschaffen, sondern vielmehr, sie zu erhalten und weiterzuentwickeln. Er betont, dass Solidarität im Vogtlandkreis notwendig sei, um dieses Ziel zu erreichen.

Als Beispiel für die Solidarität der Stadt Plauen führt er den Zweckverband Wasser und Abwasser an, in dem die Stadt Plauen die Mitgliedsgemeinden erheblich subventioniere. Dies werde als selbstverständlich angesehen, weshalb er erwarte, dass auch die Plauener Straßenbahn in Plauen finanzielle Unterstützung erfahre.

### **Abstimmungsergebnis: zur Kenntnis genommen**

## **2.5 SportForum Vogtland – Vorschlag zur Benennung der Tribünen INV-037/2025**

Frau Birgit Winkler, Projektleiterin „Modellkommune Plauen“, erläutert den Inhalt der Vorlage.

Stadtrat Prof. Dr. Lutz Kowalzik, CDU-Fraktion, bedauert, dass die vorgebrachten Argumente seiner Fraktion bezüglich der Benennung der Tribünen im neuen „SportForum“ keine Berücksichtigung gefunden hätten, und bringt seine Enttäuschung darüber zum Ausdruck.

Oberbürgermeister Zenner merkt an, dass die Halle überwiegend für den Schulsport genutzt werden soll und die Benennung der Halle eine Reminiszenz an das Lessing-Gymnasium darstelle.

Stadtrat Ingo Eckardt, Fraktion Freie Bürgerliste Plauen, unterstützt die Ausführungen von Stadtrat Prof. Dr. Kowalzik und verweist darauf, dass das Thema im Ausschuss bereits diskutiert worden sei. Er hebt hervor, dass neben der Kritik an der Bezeichnung „früh“ – die er persönlich nicht teile – auch die Thematik rund um das Lessing-Gymnasium Tribüne zur Sprache gekommen sei. Es wurde vorgeschlagen, nur den Namen des Dichters Gotthold Ephraim Lessing zu verwenden.

Oberbürgermeister Zenner entgegnet, dass die Benennung der Tribüne auf einem Beschluss der Schulkonferenz basiere, welche eine gewisse Aussagekraft habe. Er betont, dass das Gymnasium die Turnhalle zu 60 % nutzen würde und daher ein berechtigtes Interesse an der Namensgebung habe. Zudem hebt er hervor, dass die Benennung eine Identifikation mit der Stadt Plauen fördern könne.

Stadtrat Sven Gerbeth, Vorsitzender der Fraktion Freie Bürgerliste Plauen, widerspricht der Einschätzung, dass die Namensgebung zufällig erfolgt sei. Er führt aus, dass das Thema mehrfach im Kultur- und Sportausschuss behandelt worden sei und die Fraktionen aufgefordert waren, Vorschläge einzureichen. Er zeigt sich mit der gefundenen Lösung einverstanden und verweist auf die lange Diskussion und die Proteste, die im Vorfeld stattgefunden hätten.

Stadtrat Gerbeth betont, dass die Entscheidung, die Kleingartenanlage „Früh auf“ aufzugeben, zu einem zukunftsfähigen Projekt geführt habe, und hält es für angemessen, daran zu erinnern.

Oberbürgermeister Zenner ergänzt, dass die Verwaltung keine eigenen Vorschläge eingebracht habe, sondern ausschließlich die Vorschläge des Stadtrats berücksichtigt wurden. Er betont, dass es nicht im Sinne der Verwaltung sei, die Vorschläge des Stadtrats zu ignorieren.

Stadtrat Lars Legath, Fraktion Bündnis Sahra Wagenknecht, weist darauf hin, dass die Namensgebung der Turnhalle als „Sportforum Vogtland“ ebenfalls aus einem Vorschlag des Stadtrats hervorgegangen sei. Er äußert Unverständnis darüber, dass erneut Kritik an der Benennung einer Tribüne geäußert werde, obwohl eine Erklärung zur Namensgebung vorgesehen sei.

Stadtrat Legath bedauert, dass z. B. beim Bau der Turnhalle an der Wieprechtstraße keine Namenskombination mit der benachbarten Anne-Frank-Schule gefunden wurde

Stadtrat Lars Legath, Fraktion Bündnis Sahra Wagenknecht, schlägt vor, gemeinsam mit der Schulkonferenz zu prüfen, ob man eine der Tribünen nur nach dem Dichter Gotthold Ephraim Lessing benennen könne oder ob tatsächlich das Gymnasium mit dabeistehen müsse.

Stadtrat Dieter Blechschmidt, CDU-Fraktion, vertritt die Meinung, dass die Diskussion aus seiner Sicht formal nicht vollständig nachvollziehbar sei. Er erinnert daran, dass der Stadtrat mehrheitlich beschlossen habe, die Informationsvorlage zu hören, und dass dies nun geschehen sei. Er kritisiert aber, dass die Diskussion bislang nicht ausreichend geschehen sei, und erklärt, dass er der abschließenden Behandlung der Vorlage in der aktuellen Form nicht folgen könne.

Oberbürgermeister Zenner entgegnet, dass eine erneute Diskussion möglich sei, wenn dies gewünscht werde. Er gibt jedoch zu bedenken, dass eine Wiederaufnahme der Debatte seiner Einschätzung nach, keine Verbesserung bringen würde. Er verweist darauf, dass der vorliegende Konsens aus dem Jahr 2024 stamme und fraktionsübergreifend akzeptiert worden sei.

Oberbürgermeister Zenner führt aus, dass die Informationsvorlage den bisherigen Diskussionen und Beschlüssen des Stadtrats entspreche. Er hebt hervor, dass die Namensgebung, insbesondere in Bezug auf das Gymnasium, eine Möglichkeit biete, den Schülerinnen und Schülern ein Gefühl von Stolz auf ihre Schule zu vermitteln. Er stellt die Frage, ob es sinnvoll sei, die Schulkonferenz mit einer Ablehnung der bisherigen Beschlüsse zu konfrontieren, und äußert Zweifel an der Notwendigkeit einer erneuten Diskussion.

Oberbürgermeister Zenner weist darauf hin, dass der Antragsteller die Möglichkeit habe, den zweiten Teil des Antrags zur Abstimmung zu stellen, obwohl dies am heutigen Tage nicht geschehen könne. Er rät jedoch davon ab, die Diskussion erneut zu eröffnen, da dies seiner Meinung nach Unmut hervorrufen und möglicherweise zu unpassenden Namensvorschlägen führen könnte. Abschließend erklärt er, dass eine Rückfrage in der Schulkonferenz erfolgen werde, ob der Name eines berühmten Dichters als alleinige Bezeichnung möglich sei. Sollte die Schulkonferenz jedoch auf der bisherigen Namensgebung bestehen, werde dies akzeptiert.

#### **Information:**

Der Stadtrat nimmt die Benennung der Tribünen des SportForum Vogtland zur Kenntnis.

#### **Abstimmungsergebnis: zur Kenntnis genommen**

### **3 Beschlussfassung**

#### **3.1 Abberufung von ordentlichen und stellvertretenden Mitgliedern aus den Ausschüssen des Stadtrates der Stadt Plauen BSV-219/2025**

##### **Beschluss:**

1. Der Stadtrat der Stadt Plauen beruft Herrn Markus Witte als stimmberechtigtes Mitglied aus dem Wirtschaftsförderungsausschuss und dem Finanzausschuss ab.
2. Der Stadtrat der Stadt Plauen beruft Herrn Markus Witte als stellvertretendes Mitglied aus dem Stadtbau- und Umweltausschuss, aus dem Bildungs- und Sozialausschuss, aus dem Vergabeausschuss, aus dem Verwaltungsausschuss und aus dem Kultur- und Sportausschuss ab.
3. Der Stadtrat der Stadt Plauen beruft Herrn Markus Witte aus dem Ältestenrat des Stadtrates der Stadt Plauen ab.

**Abstimmungsergebnis: 39 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen  
Beschluss-Nr.: 12/25-6**

**3.2 Abberufung von ordentlichen und stellvertretenden Mitgliedern aus den Ausschüssen des Stadtrates der Stadt Plauen  
BSV-220/2025**

**Beschluss:**

1. Der Stadtrat der Stadt Plauen beruft Frau Diana Tarnawski als stimmberechtigtes Mitglied aus dem Stadtbau- und Umweltausschuss und aus dem Bildungs- und Sozialausschuss ab.
2. Der Stadtrat der Stadt Plauen beruft Frau Diana Tarnawski als stellvertretendes Mitglied aus dem Finanzausschuss und aus dem Vergabeausschuss ab.

**Abstimmungsergebnis: Ja-Stimmen 39 Nein-Stimmen 0 Stimmenthaltung 0 Befangen 0  
Beschluss-Nr.:12/25-7**

**3.3 Neuberufung von Mitgliedern in den Ältestenrat  
BSV-221/2025**

**Beschluss:**

1. Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt im Wege der Einigung, Herrn Stadtrat Mathias Weiser als ordentliches Mitglied in den Ältestenrat der Stadt Plauen für die AfD-Fraktion zu berufen.
2. Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt im Wege der Einigung, Frau Stadträtin Maike Kühn als stellvertretendes Mitglied in den Ältestenrat der Stadt Plauen für die AfD-Fraktion zu berufen.

**Abstimmungsergebnis: 33 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; 6 Stimmenthaltungen  
Beschluss-Nr.: 12/25-8**

**3.4 Neuberufung von ordentlichen und stellvertretenden Mitgliedern in die Ausschüsse des Stadtrates der Stadt Plauen  
BSV-215/2025**

**Beschluss:**

Der Stadtrat der Stadt Plauen bestellt für jeden Ausschuss einzeln und gesondert im Wege der Einigung widerruflich die ordentlichen Mitglieder seiner Ausschüsse und deren Stellvertreter gemäß

**1. Einigungsvorschlag zur Besetzung des Verwaltungsausschusses:**

Der Stadtrat der Stadt Plauen bestellt nach § 42 Abs. 2 Satz 2, 1. Halbsatz der Sächsischen Gemeindeordnung (SächsGemO) sowie § 5 Ziff. 1 der Hauptsatzung der Stadt Plauen widerruflich folgende 9 ordentliche Mitglieder sowie deren Stellvertreter (*je Ausschussmitglied 2 Stellvertreter; diese sind keinem Ausschussmitglied persönlich zugeordnet*) in den Verwaltungsausschuss:

<b><u>Ordentliche Mitglieder</u></b>	<b><u>Stellvertreter</u></b>	<b><u>Stellvertreter</u></b>
<b>Diana Simon</b>	<b>Ronny Hering</b>	Daniel Beegen
Mathias Weiser	<b>Nick Simon</b>	Georg Schatzberg
Tim Schuster	Cornelia Erhardt	Maike Kühn
Jörg Schmidt	Dieter Blechschmidt	Stefan Golle
Prof. Dr. Lutz Kowalzik	Christian Kellner	Thomas Salzmann
Lars Gruber	Eric Holtschke	Heike Betram
Maik Schwarz	Mary Wachsmuth	Lars Legath
Claudia Hänsel	Diana Zierold	Petra Rank
Sven Gerbeth	Ingo Eckardt	Yvonne Gruber

**Abstimmungsergebnis: 38 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; 1 Stimmenthaltung  
Beschluss-Nr.: 12/25-9**

## **2. Einigungsvorschlag zur Besetzung des Finanzausschusses**

Der Stadtrat der Stadt Plauen bestellt nach § 42 Abs. 2 Satz 2, 1. Halbsatz der Sächsischen Gemeindeordnung (SächsGemO) sowie § 5 Ziff. 1 der Hauptsatzung der Stadt Plauen widerruflich folgende 9 ordentliche Mitglieder sowie deren Stellvertreter (*je Ausschussmitglied 2 Stellvertreter; diese sind keinem Ausschussmitglied persönlich zugeordnet*) in den Finanzausschuss:

<b><u>Ordentliche Mitglieder</u></b>	<b><u>Stellvertreter</u></b>	<b><u>Stellvertreter</u></b>
<b>Maike Kühn</b>	Frank Erhardt	Daniel Beegen
Cornelia Erhardt	Tim Schuster	Diana Simon
Helmar Gerisch	Mathias Weiser	Ronny Hering
Christian Kellner	Alexandra Glied	Prof. Dr. Lutz Kowalzick
Jörg Schmidt	Michael Petzold	Stephan Uhlig
Christian Hermann	Bernd Stubenrauch	Eric Holtschke
Maik Schwarz	<b>Belinda Eißmann</b>	Mary Wachsmuth
Petra Rank	Diana Zierold	Claudia Hänsel
Kerstin Knabe	Yvonne Gruber	Ingo Eckardt

**Abstimmungsergebnis: 39 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen**  
**Beschluss-Nr.: 12/25-10**

## **3. Einigungsvorschlag zur Besetzung des Wirtschaftsförderungsausschusses**

Der Stadtrat der Stadt Plauen bestellt nach § 42 Abs. 2 Satz 2, 1. Halbsatz der Sächsischen Gemeindeordnung (SächsGemO) sowie § 5 Ziff. 1 der Hauptsatzung der Stadt Plauen widerruflich folgende 9 ordentliche Mitglieder sowie deren Stellvertreter (*je Ausschussmitglied 2 Stellvertreter; diese sind keinem Ausschussmitglied persönlich zugeordnet*) in den Wirtschaftsförderungsausschuss:

<b><u>Ordentliche Mitglieder</u></b>	<b><u>Stellvertreter</u></b>	<b><u>Stellvertreter</u></b>
<b>Nick Simon</b>	Mathias Weiser	Tim Schuster
Georg Schatzberg	Cornelia Erhardt	Maike Kühn
Helmar Gerisch	Diana Simon	Max-Dominik Windisch
Alexandra Glied	Stefan Golle	Sebastian Heydel
Monika Mühle	Michael Petzold	Stephan Uhlig
Bernd Stubenrauch	Rico Kusche	Lars Gruber
Lars Legath	<b>Jens Heinritz</b>	Maik Schwarz
Claudia Hänsel	Steffi Liedtke	Petra Rank
Ingo Eckardt	Kerstin Knabe	Sven Gerbeth

**Abstimmungsergebnis: 39 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen**  
**Beschluss-Nr.: 12/25-11**

## **4. Einigungsvorschlag zur Besetzung des Stadtbau- und Umweltausschusses**

Der Stadtrat der Stadt Plauen bestellt nach § 42 Abs. 2 Satz 2, 1. Halbsatz der Sächsischen Gemeindeordnung (SächsGemO) sowie § 5 Ziff. 1 der Hauptsatzung der Stadt Plauen widerruflich folgende 9 ordentliche Mitglieder sowie deren Stellvertreter (*je Ausschussmitglied 2 Stellvertreter; diese sind keinem Ausschussmitglied persönlich zugeordnet*) in den Stadtbau- und Umweltausschuss:

<b><u>Ordentliche Mitglieder</u></b>	<b><u>Stellvertreter</u></b>	<b><u>Stellvertreter</u></b>
Daniel Beegen	Georg Schatzberg	Diana Simon
Ronny Hering	Tim Schuster	Cornelia Erhardt
Mathias Weiser	<b>Nick Simon</b>	Frank Erhardt
Dieter Blechschmidt	Stefan Golle	Christian Kellner
Thomas Salzmann	Jörg Schmidt	Stephan Uhlig
Rico Kusche	Bernd Stubenrauch	Lars Gruber
<b>Belinda Eißmann</b>	Lars Legath	Jens Heinritz
Diana Zierold	Steffi Liedtke	Petra Rank
Yvonne Gruber	Kerstin Knabe	Ingo Eckardt

**Abstimmungsergebnis: 39 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen**  
**Beschluss-Nr.: 12/25-12**

### **5. Einigungsvorschlag zur Besetzung des Vergabeausschusses**

Der Stadtrat der Stadt Plauen bestellt nach § 42 Abs. 2 Satz 2, 1. Halbsatz der Sächsischen Gemeindeordnung (SächsGemO) sowie § 5 Ziff. 1 der Hauptsatzung der Stadt Plauen widerruflich folgende 9 ordentliche Mitglieder sowie deren Stellvertreter (*je Ausschussmitglied 2 Stellvertreter; diese sind keinem Ausschussmitglied persönlich zugeordnet*) in den Vergabeausschuss:

<b><u>Ordentliche Mitglieder</u></b>	<b><u>Stellvertreter</u></b>	<b><u>Stellvertreter</u></b>
Tim Schuster	Daniel Beegen	<b>Nick Simon</b>
Georg Schatzberg	Diana Simon	Mathias Weiser
Ronny Hering	Cornelia Erhardt	Max-Dominik Windisch
Thomas Salzmann	Prof. Dr. Lutz Kowalzik	Dieter Blechschmidt
Stefan Golle	Monika Mühle	Michael Petzold
Bernd Stubenrauch	Rico Kusche	Lars Gruber
Mary Wachsmuth	Jens Heinritz	<b>Belinda Eißmann</b>
Petra Rank	Claudia Hänsel	Diana Zierold
Sven Gerbeth	Ingo Eckardt	Yvonne Gruber

**Abstimmungsergebnis: 39 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen**  
**Beschluss-Nr.: 12/25-13**

### **6. Einigungsvorschlag zur Besetzung des Bildungs- und Sozialausschusses**

Der Stadtrat der Stadt Plauen bestellt nach § 42 Abs. 2 Satz 2, 1. Halbsatz der Sächsischen Gemeindeordnung (SächsGemO) sowie § 5 Ziff. 1 der Hauptsatzung der Stadt Plauen widerruflich folgende 9 ordentliche Mitglieder sowie deren Stellvertreter (*je Ausschussmitglied 2 Stellvertreter; diese sind keinem Ausschussmitglied persönlich zugeordnet*) in den Bildungs- und Sozialausschuss:

<b><u>Ordentliche Mitglieder</u></b>	<b><u>Stellvertreter</u></b>	<b><u>Stellvertreter</u></b>
Diana Simon	Tim Schuster	Georg Schatzberg
Cornelia Erhardt	Maike Kühn	Mathias Weiser
Frank Erhardt	<b>Nick Simon</b>	Max-Dominik Windisch
Michael Petzold	Dieter Blechschmidt	Alexandra Glied
Sebastian Heydel	Christian Kellner	Monika Mühle
Heike Bertram	Christian Hermann	Eric Holtschke
<b>Belinda Eißmann</b>	Mary Wachsmuth	<b>Lars Legath</b>
Steffi Liedtke	Diana Zierold	Claudia Hänsel
Yvonne Gruber	Sven Gerbeth	Kerstin Knabe

**Abstimmungsergebnis: 39 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen**  
**Beschluss-Nr.: 12/25-14**

### **7. Einigungsvorschlag zur Besetzung des Kultur- und Sportausschusses**

Der Stadtrat der Stadt Plauen bestellt nach § 42 Abs. 2 Satz 2, 1. Halbsatz der Sächsischen Gemeindeordnung (SächsGemO) sowie § 5 Ziff. 1 der Hauptsatzung der Stadt Plauen widerruflich folgende 9 ordentliche Mitglieder sowie deren Stellvertreter (*je Ausschussmitglied 2 Stellvertreter; diese sind keinem Ausschussmitglied persönlich zugeordnet*) in den Kultur- und Sportausschuss:

<b><u>Ordentliche Mitglieder</u></b>	<b><u>Stellvertreter</u></b>	<b><u>Stellvertreter</u></b>
Maike Kühn	<b>Nick Simon</b>	Helmar Gerisch
Daniel Beegen	Tim Schuster	Georg Schatzberg
Max-Dominik Windisch	Diana Simon	Mathias Weiser
Prof. Dr. Lutz Kowalzik	Sebastian Heydel	Monika Mühle
Stephan Uhlig	Thomas Salzmann	Jörg Schmidt
Eric Holtschke	Heike Bertram	Christian Hermann
Jens Heinritz	<b>Belinda Eißmann</b>	Maik Schwarz
Petra Rank	Steffi Liedtke	Diana Zierold
Ingo Eckardt	Yvonne Gruber	Sven Gerbeth

**Abstimmungsergebnis: 39 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen**  
**Beschluss-Nr.: 12/25-15**

### **3.5 Sitzungskalender 2026 für den Stadtrat und seine Ausschüsse BSV-192/2025**

Oberbürgermeister Zenner weist auf das Änderungsblatt zur Beschlussvorlage hin, welches zwei Terminverschiebungen für den Kultur- und Sportausschuss enthält. Die Änderungen betreffen die Verlegung der Sitzung vom 12.02.2026 auf den 04.02.2026 sowie vom 13.08.2026 auf den 18.08.2026. Diese Änderungen haben sich in der Vorberatung dieser Beschlussvorlage im Verwaltungsausschuss ergeben.

#### **Beschluss:**

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt den Sitzungskalender 2026 für den Stadtrat der Stadt Plauen und seine Ausschüsse gemäß den beigefügten Anlagen zum Änderungsblatt vom 29.09.2025.

**Abstimmungsergebnis: 39 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen  
Beschluss-Nr.: 12/25-16**

### **3.6 5. Rechtsverordnung der Stadt Plauen über die verkaufsoffenen Sonntage anlässlich des 30 jährigen Jubiläums des Vereins Vogtländischer Bauernmarkt e.V. am 09.11.2025 nach § 8 Abs. 1 Sächsisches Ladenöffnungsgesetz BSV-201/2025**

Herr Florian Schinnerling, Sachbearbeiter Wirtschaftsförderung, erläutert den Inhalt der Vorlage.

Herr Schinnerling informiert, dass die Träger öffentlicher Belange um Stellungnahme gebeten wurden. Während die Gewerkschaft verdi die Eigenständigkeit des Anlasses infrage stelle, sähen die Industrie- und Handelskammer Chemnitz sowie der Handelsverband Sachsen die Voraussetzungen für einen verkaufsoffenen Sonntag als gegeben an.

Stadträtin Claudia Hänsel, Vorsitzende der Fraktion Die Linke/Grüne, äußert Bedenken hinsichtlich der Wahl des Datums, da der 9. November ein geschichtsträchtiger Tag sei, der unter anderem mit der Reichspogromnacht von 1938 in Verbindung stehe. Sie kritisiert die Bezeichnung des Tages als „Volksfest“ im Veranstaltungskalender und kündigt an, der Vorlage nicht zuzustimmen.

Stadtrat Prof. Dr. Lutz Kowalzik, CDU-Fraktion, hebt die historische Bedeutung des 9. Novembers hervor, verweist jedoch darauf, dass der Tag auch positive Ereignisse wie die Ausrufung der ersten Deutschen Republik 1918 und die Maueröffnung 1989 umfasse, weshalb er der Vorlage zustimmen könne

Stadtrat Lars Legath, Fraktion Bündnis Sahra Wagenknecht, kritisiert die unvollständige Bereitstellung der Beratungsunterlagen, insbesondere die fehlende Stellungnahme der Gewerkschaft verdi, und fordert eine bessere Vorbereitung künftiger Beschlussvorlagen.

Stadtrat Ingo Eckardt, Fraktion Freie Bürgerliste Plauen, fragt nach dem Zeitpunkt der Antragstellung.

Herr Schinnerling antwortet, dass der Antrag vor etwa vier Monaten gestellt worden sei. Er verweist hierbei auf die Diskussion im Wirtschaftsförderungsausschuss

Oberbürgermeister Zenner nutzt die Gelegenheit, um den erkrankten Wirtschaftsförderer Herrn Körner zu grüßen und ihm alles Gute zu wünschen.

#### **Beschluss:**

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die 5. Rechtsverordnung der Stadt Plauen über die verkaufsoffenen Sonntage im Jahr 2025 nach § 8 Abs. 1 Sächsisches Ladenöffnungsgesetz anlässlich des 30jährigen Jubiläums des Vereins Vogtländischer Bauernmarkt e.V. am 09.11.2025, begrenzt auf den Bereich Rosa-Luxemburg-Platz 7 und einzelne Verkaufsstellen im Nahversorgungszentrum Rosa-Luxemburg-Platz.

**Abstimmungsergebnis: 26 Ja-Stimmen; 8 Nein-Stimmen; 5 Stimmenthaltungen  
Beschluss-Nr.: 12/25-17**

### **3.7 Bebauungsplan Nr. 031 Regionaler Vorsorgestandort "Industrie- und Gewerbegebiet Plauen - Oberlosa Teil 1" - Billigungs- und Auslegungsbeschluss BSV-195/2025**

Oberbürgermeister Zenner begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Prof. Dr. Werner Klinge, Gesellschafter des Ingenieurbüros Plan und Praxis GbR, und erteilt ihm Rederecht.

Professor Dr. Klinge erläutert anhand einer Präsentation die rechtlichen und planerischen Grundlagen des Bebauungsplans, darunter die Vorgaben des Grundgesetzes, der Landesplanung und der Regionalplanung. Er betont, dass die Stadt Plauen als Oberzentrum nahezu alle Nutzungen im Stadtgebiet zulassen müsse und dass die Regionalplanung den Standort als Vorranggebiet für Industrie und Gewerbe festgelegt habe. Der Bebauungsplan sei notwendig, da ein vorheriger Plan durch das Oberverwaltungsgericht für nichtig erklärt worden sei. Der neue Plan solle die festgestellten Mängel beheben.

Herr Prof. Dr. Klinge führt aus, dass das Bundesverwaltungsgericht von der Gemeinde verlange, bei der Bauleitplanung alle denkbaren Standorte zu prüfen und vollständige Informationen einzuholen. Der aktuelle Entwurf des Bebauungsplans sei das Ergebnis dieser umfassenden Prüfungen und Abstimmungen. Alle Fachbehörden und Träger öffentlicher Belange hätten dem Plan zugestimmt. Der nächste Schritt sei die öffentliche Auslegung, um weitere Rückmeldungen einzuholen.

Herr Prof. Dr. Klinge erläutert die Konflikte, die im Zusammenhang mit dem Plangebiet bestehen, insbesondere die Emissionskonflikte zwischen dem geplanten Gewerbe- und Industriegebiet und der schutzwürdigen Nachbarschaft, darunter ein Autohaus. Zudem müsse das Plangebiet vor Verkehrslärm geschützt werden, da es zwischen einer Autobahn und einer Bundesstraße liege. Maßnahmen wie die Überarbeitung der Lärmkontingentierung und die Festlegung von Schutzvorkehrungen im Bebauungsplan seien ergriffen worden, um diese Konflikte zu lösen. Die Fachbehörden hätten die Maßnahmen geprüft und ihnen zugestimmt.

Herr Prof. Dr. Klinge geht auf die Fehler des ursprünglichen Bebauungsplans ein, der vor Gericht gescheitert sei. Er erläutert, dass im neuen Plan die Lärmkontingentierung überarbeitet und das Schutzniveau des betroffenen Autohändlers entsprechend den Vorgaben des Gerichts angepasst worden sei. Zudem seien die Rechtsgrundlagen und der Umweltbericht aktualisiert sowie Hinweise der Unteren Naturschutzbehörde berücksichtigt worden. Maßnahmen wie die Pflanzung klimaresistenter Bäume und der Einsatz von Glas gegen Vogelschlag seien ebenfalls in den Plan aufgenommen worden.

Stadtrat Bernd Stubenrauch, SPD/Initiative-Fraktion, äußert seine Anerkennung für die geleistete Arbeit und fragt nach, welche Risiken weiterhin bestehen könnten. Er hebt hervor, dass der betroffene Autohändler möglicherweise nicht an den Emissionswerten interessiert sei, sondern an der Wahrung seines Eigentums.

Herr Prof. Dr. Klinge erklärt, dass der Autohändler im Verfahren Einwände erhoben habe, die jedoch nicht berücksichtigt worden seien, da sie nicht den rechtlichen Vorgaben entsprochen hätten. Der neue Plan sehe für das Grundstück des Autohändlers den Status eines Mischgebiets vor, was ein hohes Schutzniveau gewährleiste. Er betont jedoch, dass vor Gericht immer unvorhergesehene Aspekte auftreten könnten.

Stadtrat Maik Schwarz, Vorsitzender der Fraktion Bündnis Sahra Wagenknecht, spricht die Möglichkeit an, erneut das Gespräch mit dem betroffenen Autohändler zu suchen, um mögliche Konflikte im Vorfeld zu klären.

Oberbürgermeister Zenner informiert, dass ein Gesprächsangebot gemacht worden sei, welches jedoch abgelehnt wurde. Er betont, dass das Wohnrecht des Autohändlers nicht Bestandteil des Bebauungsplans sei und die Verwaltung den größtmöglichen Lärmschutzstatus für das Grundstück des Autohändlers vorgesehen habe.

Stadtrat Dieter Blechschmidt, CDU-Fraktion, äußert seine Resignation über die lange Dauer des Verfahrens und sieht darin einen Grund für die Abwanderung von Industrien aus Deutschland. Er lobt die Verwaltung für ihre Bemühungen, die über die gesetzlichen Anforderungen hinausgegangen seien, und betont, dass nun die öffentliche Auslegung abgewartet werden müsse.

Oberbürgermeister Zenner bedankt sich bei den Beteiligten, insbesondere bei Herrn Markus Löffler, Leiter Fachbereich Stadtplanung, Bauordnung und Umwelt, und dessen Team, für die geleistete Arbeit. Er betont die Bedeutung des Projekts für die Zukunft der Stadt und empfiehlt dem Stadtrat, den geänderten Entwurf des Bebauungsplans Nr. 031 zu billigen und die erneute öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch zu beschließen.

**Beschluss:**

Der Stadtrat der Stadt Plauen billigt den geänderten Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 031 Regionaler Vorsorgestandort „Industrie- und Gewerbegebiet Plauen - Oberlosa Teil 1° mit Begründung und beschließt die erneute öffentliche Auslegung nach § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB).

**Abstimmungsergebnis: 30 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; 9 Stimmenthaltungen**  
**Beschluss-Nr.: 12/25-18**

**3.8 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 043 „Erweiterung Stadtbad Plauen und Ausbau Turnstraße“ – Aufstellungsbeschluss**  
**BSV-204/2025**

**Der Änderungsantrag, Reg. Nr. 80-25, wird von der Fraktion Die Linke/Grüne zurückgezogen.**

Dieser Antrag kann gemäß § 4 Abs. 2 Satz 2 der Geschäftsordnung für den Stadtrat der Stadt Plauen heute nicht behandelt werden, da der Stadtrat denselben Verhandlungsgegenstand bereits in der Stadtratssitzung am 24.06.2025 mit der Beschlussvorlage „Änderungsantrag Modellvorhaben ZUKUNFT LEBEN im Plauener Süden - Einzelvorhaben 3 Baustein 1- Neubau des Erweiterungsbaus an den bestehenden Baukörper in südwestlicher Richtung mit Freiflächen und Parkdeck 2, **BSV-170/2025**, behandelt hat.

Herr Martin Rink, Sachbearbeiter Fachgebiet Stadtplanung und Umwelt, erläutert den Inhalt der Vorlage.

**Beschluss:**

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt gemäß § 2 Abs. 11. V. m. § 1 Abs. 8 BauGB die Einleitung des 1. Änderungsverfahrens für den Bebauungsplans Nr. 043 „Erweiterung Stadtbad Plauen und Ausbau Turnstraße“, im vereinfachten Verfahren nach § 13 BauGB.

Der Geltungsbereich für die 1. Änderung des Bebauungsplanes umfasst den Geltungsbereich des rechtskräftigen Bebauungsplanes Nr. 043, ist nachfolgender Abbildung zu entnehmen und Teil des Beschlusses.

**Abstimmungsergebnis: 39 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen**  
**Beschluss-Nr.: 12/25-19**

**3.9 2. Verlängerung des Sanierungsgebietes “Östliche Bahnhofsvorstadt“ Plauen**  
**BSV-205/2025**

Herr Markus Löffler, Leiter Fachbereich Stadtplanung, Bauordnung und Umwelt, erläutert den Inhalt der Beschlussvorlage.

**Beschluss:**

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt gemäß § 142 Abs. 3 Satz 4 BauGB, im Wege der Änderungssatzung, die Laufzeit der rechtskräftigen Sanierungssatzung "Östliche Bahnhofsvorstadt" Plauen über den gesetzlich befristeten Zeitraum gemäß § 235 Abs. 4 BauGB, datiert mit dem 31.12.2025, bis zum 31.12.2028 zu verlängern.

**Abstimmungsergebnis: 39 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen**  
**Beschluss-Nr.: 12/25-20**

### **3.10 Bereitstellung überplanmäßiger Haushaltsmittel für Mitlaufmaßnahmen der Straßenbeleuchtung BSV-203/2025**

Herr Marcel Uebel, Leiter Fachgebiet Stadtwirtschaft, erläutert den Inhalt der Beschlussvorlage.

#### **Beschluss:**

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Bereitstellung überplanmäßiger Aufwendungen und Auszahlungen i. H. v. 85.000,00 EUR für Mitlaufmaßnahmen der Straßenbeleuchtung im Rahmen von Baumaßnahmen von Versorgungsträgern (12E-000064).

**Abstimmungsergebnis: 39 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen  
Beschluss-Nr.: 12/25-21**

### **3.11 Antrag der SPD/Initiative-Fraktion - Keine Erhöhung der Kitagebühren, Reg.-Nr. 72/25 - Stellungnahme der Verwaltung**

Oberbürgermeister Zenner verweist auf den Änderungsantrag der SPD/Initiative-Fraktion, **Reg. Nr. 84-25**, der zur heutigen Sitzung ausgereicht wurde.

Oberbürgermeister Zenner thematisiert die Elternbeiträge für Kinderkrippen, Kindergärten und Horteinrichtungen in der Stadt Plauen und betont, dass eine Kostenfreiheit wünschenswert wäre. Allerdings sei dies aufgrund der in Sachsen geltenden Drittelfinanzierung nicht umsetzbar. Er erläutert, dass die Stadt Plauen bereits den Großteil der Erziehungskosten trage, während der Freistaat einen kleineren Anteil übernehme und die Eltern den geringsten Teil finanzieren müssten. Somit würde die Stadt Plauen die Eltern bereits deutlich entlasten. Aufgrund der Haushaltssituation sei aber die Gewährleistung einer vollständigen Kostenfreiheit nicht möglich.

Oberbürgermeister Zenner führt weiter aus, dass insbesondere der Mittelstand durch die derzeitige Regelung belastet würde, da dieser ohnehin einen Großteil der gesellschaftlichen Kosten zu tragen habe. Er kritisiert, dass in anderen Bereichen ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung stünden, während für wichtige kommunale Leistungen wie die Kinderbetreuung nicht genügend Mittel bereitgestellt würden. Zudem weist er darauf hin, dass auch Tarifsteigerungen zu einer Erhöhung der Unterbringungskosten führten, was ebenfalls berücksichtigt werden müsse.

Oberbürgermeister Zenner betont, dass eine Dynamisierung der Beiträge auch im Bereich der Kinderbetreuung notwendig sei, um eine generationengerechte Finanzierung sicherzustellen. Ohne eine solche Dynamisierung könnten stagnierende Beiträge in der Zukunft nicht mehr ausreichen, was zu einer drastischen Erhöhung führen würde.

Abschließend betont Oberbürgermeister Zenner, dass die Entscheidung über den Antrag eine politische sei, die jedoch die haushalterischen Möglichkeiten der Stadt berücksichtigen müsse.

Stadtrat Eric Holtschke, Vorsitzender der SPD/Initiative-Fraktion, erläutert den Inhalt des Antrages seiner Fraktion, **Reg. Nr. 84-25**.

Er erinnert an eine Mitteilung der Pressestelle der Stadt Plauen vom 8.10.2018, in der die damalige Entscheidung des Stadtrates der Stadt Plauen, die jährliche Anpassung der Elternbeiträge für 2019 auszusetzen, bekannt gegeben wurde. Er hebt hervor, dass diese Entscheidung einstimmig im Stadtrat beschlossen wurde. Durch diese Maßnahme wollte sich die Stadt Plauen als kinder- und familienfreundliche Stadt positionieren.

Stadtrat Holtschke kritisiert, dass diese Einigkeit im Dezember 2024 endete, als mit einem sehr knappen Beschluss eine Vorlage im Stadtrat eingebracht wurde, die eine seiner Meinung nach, eine deutliche Erhöhung der Elternbeiträge sowie die Einschränkung der Entscheidungshoheit des Stadtrats beinhaltet habe.

Stadtrat Holtschke führt weiter aus, dass seine Fraktion bereits im Dezember 2022 einen Antrag gestellt habe, die Übergangsregelung beizubehalten, welcher jedoch vom Stadtrat abgelehnt wurde. Er berichtet von einer Online-Petition, an der sich über 1.300 Eltern beteiligt hätten, davon rund 1.000 aus Plauen. Zudem habe es eine Postkartenaktion gegeben, bei der mehr als 1.200 Postkarten gesammelt wurden, die sich gegen die Erhöhung der Elternbeiträge aussprachen.

Stadtrat Holtschke übergibt diese Postkarten an den Oberbürgermeister und betont, dass die Eltern fordern, die Beiträge einzufrieren, da sie die steigenden Kosten nicht länger tragen könnten.

Oberbürgermeister Zenner weist darauf hin, dass er nur Adressen von Plauener Bürgern entgegennehmen könne. Er betont, dass es nicht darum ginge, Kinder zu benachteiligen, sondern um die Notwendigkeit, eines ausgewogenen und generationengerechten Haushaltes.

Oberbürgermeister Zenner erklärt, dass die Stabilität der Elternbeiträge langfristig nicht gewährleistet werden könne, da steigende Lebenshaltungskosten und Löhne zwangsläufig auch zu höheren Beiträgen führen würden.

Stadtrat Holtschke kritisiert die geplante Erhöhung der Elternbeiträge erneut und führt aus, dass sich z. B. die Kosten für die neunstündige Betreuung eines Kindes in einer Krippe um 23 % erhöhen würden. Er bezeichnet diese Steigerung als unverantwortlich und verweist auf den Änderungsantrag seiner Fraktion, der eine moderate Erhöhung der Beiträge vorsieht. Dieser Antrag beinhalte, die bewährte Übergangsregelung erneut einzuführen, wodurch die Beiträge in den Kinderkrippen lediglich um rund 5 EUR steigen würden, während die Beiträge im Kindergarten- und Hortbereich stabil blieben.

Oberbürgermeister Zenner bedankt sich bei den anwesenden Eltern für ihr Engagement und betont, dass die Stadt Plauen weiterhin kinderfreundlich sei, jedoch auch die finanzielle Ausgewogenheit des Haushalts berücksichtigen müsse.

Herr Eric Hoffmann, Leiter Fachbereich Jugend, Soziales, Schulen und Sport, erläutert die Stellungnahme der Verwaltung zum Ausgangsantrag sowie zum eingegangenen Änderungsantrag. Er betont, dass es sich bei der aktuellen Beschlusslage um eine bereits vom Stadtrat der Stadt Plauen verabschiedete Elternbeitragssatzung handelt, die eine Erhöhung der Elternbeiträge ab dem 01.01.2026 vorsieht. Diese Erhöhung umfasse eine Anhebung der Prozentsätze auf 18 % für die Krippen sowie 22 % für Kindergärten und Horte.

Herr Hoffmann hebt hervor, dass die Kosten für Personal und Sachmittel stetig steigen, insbesondere durch hohe Tarifabschlüsse, Mindestlohnanpassungen und Inflation. Gleichzeitig sei der Landeszuschuss nicht in ausreichendem Maße angepasst worden, was zu einer Finanzierungslücke führe.

Herr Hoffmann führt aus, dass die Stadtverwaltung Plauen die aktuelle Beschlusslage verteidige, da sie eine faire Korrelation zwischen Kosten und Beiträgen herstelle. Weiterhin würde die Dynamisierung Klarheit für die Eltern und Verwaltung schaffen und eine frühzeitige Planung ermöglichen. Er weist darauf hin, dass die Wiedereinführung der alten Regelung zu einer erneuten Kostenbugwelle führen würde, da die Deckungsanteile der Elternbeiträge seit 2018 kontinuierlich gesunken seien.

Zudem betont Herr Hoffmann, dass die Lohnentwicklung in Sachsen seit 2023 gestiegen sei, was die Personalkosten weiter erhöhe.

Er verweist auf bestehende Unterstützungsleistungen für Familien, wie die teilweise oder vollständige Beitragsübernahme durch das Jugendamt sowie steuerliche Absetzbarkeit von Betreuungskosten.

Herr Hoffmann erläutert die finanziellen Auswirkungen des Änderungsantrags und stellt dar, dass die Umsetzung zu Mindereinnahmen von etwa 1,128 Mio. EUR führen würde. Er betont, dass die Stadtverwaltung keine liquiden Mittel in dieser Höhe zur Verfügung habe und dass die vorgeschlagene Deckungsquelle im Änderungsantrag der SPD/Initiative-Fraktion nicht greife.

Die Verwaltung empfiehlt daher, den Antrag der SPD/Initiative-Fraktion abzulehnen und stattdessen den Änderungsantrag des Oberbürgermeisters anzunehmen, der eine Umsetzung des Antrags nur unter der Bedingung vorsieht, dass das Land die entsprechenden Mittel bereitstellt.

Stadtrat Mathias Weiser, Vorsitzender der AfD-Fraktion, kritisiert den Änderungsantrag der SPD/Initiative-Fraktion und erinnert daran, dass ein ähnlicher Antrag seiner Fraktion vom Stadtrat der Stadt Plauen im Dezember 2024 abgelehnt worden sei, auch von den jetzigen Antragstellern. Er betont, dass die Verwaltung damals beauftragt worden sei, den Haushalt 2025/2026 mit der Dynamisierung zu planen, und dass die aktuelle Situation eine Folge dieser Entscheidung sei. Stadtrat Weiser teilt mit, dass die AfD-Fraktion den Änderungsantrag der Verwaltung unterstützen würde.

Stadtrat Michael Petzold, Vorsitzender der CDU-Fraktion, hebt hervor, dass die Diskussion um Elternbeiträge ein sensibles Thema sei. Er betont, dass die Stadt Plauen seit 2018 mit einer geringeren Deckungsquote konfrontiert sei und die Dynamisierung der Beiträge eine notwendige Maßnahme darstelle, um die finanzielle Belastung der Stadt zu bewältigen. Er weist darauf hin, dass die Stadt Plauen bereits Maßnahmen ergriffen habe, um die Eltern frühzeitig in den Prozess einzubinden und über Unterstützungsleistungen zu informieren. Seine Fraktion lehne den Änderungsantrag der SPD/Initiative-Fraktion ab, da die Stadt Plauen die finanziellen Mittel für eine Umsetzung nicht habe.

Stadträtin Kerstin Knabe, Fraktion Freie Bürgerliste Plauen, erklärt, dass die Zustimmung zur Dynamisierung der Elternbeiträge notwendig gewesen sei, um die finanzielle Belastung der Stadt Plauen zu bewältigen. Sie betont, dass die steigenden Gehälter im öffentlichen Dienst finanziert werden müssten und dass die Stadt Plauen nicht über die Mittel verfüge, um Mindereinnahmen ausgleichen zu können.

Stadträtin Knabe spricht sich gegen den Änderungsantrag der SPD/Initiative aus.

Stadtrat Ingo Eckardt, Fraktion Freie Bürgerliste Plauen, äußert sich dahingehend, dass die Kommunen seit Jahren die Konsequenzen der Entscheidungen der Landes- und Bundespolitik tragen müssten. Er kritisiert die politische Situation in Dresden, wo es seiner Ansicht nach an einer stabilen Mehrheit für die Verabschiedung eines angemessenen Haushalts mangle. Zudem bemängelt Stadtrat Eckardt, dass Gelder für Rüstung und Infrastruktur bereitgestellt würden, während es an fairer Kofinanzierung für soziale Bereiche wie die Kindergartenbeiträge fehle. Er betont, dass diese Ungleichheit unredlich sei und dies klar und deutlich benannt werden müsse.

Stadtrat Maik Schwarz, Vorsitzender der Fraktion Bündnis Sahra Wagenknecht, betont, dass er sich ebenfalls eine kostenfreie Bildung von der Kita bis zur Universität wünsche, dies jedoch aus finanziellen Gründen nicht umsetzbar sei. Er verweist hierzu auf die angespannte finanzielle Lage der Stadt Plauen, die sich in der Halbjahresanalyse mit einem zusätzlichen Defizit von 4,3 Mio. EUR in der Ergebnisrechnung und 3,9 Mio. EUR in der Finanzrechnung zeige.

Stadtrat Schwarz führt die finanzielle Situation auf verschiedene Krisen wie die Corona-Pandemie, den Krieg in der Ukraine, die Inflation und die Energiepreiskrise zurück. Er hebt hervor, dass die Stadt Plauen zusätzlich mit Problemen wie der finanziellen Notlage der Straßenbahn und des Theaters konfrontiert sei.

Abschließend äußert Stadtrat Schwarz, dass er den Änderungsanträgen nicht zustimmen könne, da die finanziellen Mittel nicht ausreichen und die Umsetzung des Antrags unklar sei.

Stadträtin Petra Rank, Fraktion Die Linke/Grüne, erinnert daran, dass sie und ihre Fraktion bereits gegen die Dynamisierung der Kita-Beiträge gestimmt hätten, da sie die nun auftretenden Probleme vorausgesehen hätten. Sie zeigt Verständnis für die Initiative der SPD/Initiative-Fraktion, schlägt jedoch vor, die Erhöhung der Beiträge schrittweise und in geringerem Umfang umzusetzen.

Stadträtin Rank kritisiert die drastische Erhöhung der Kita-Beiträge in den letzten zwei Jahren und betont, dass dies den Eltern nicht zu vermitteln sei, insbesondere wenn gleichzeitig die Betreuungszeiten in den Einrichtungen gekürzt würden.

Stadträtin Heike Bertram, SPD/Initiative-Fraktion, spricht sowohl als Stadträtin als auch als Schulleiterin und Vertreterin junger Familien. Sie betont die Belastung, die die geplante Erhöhung der Elternbeiträge für Kitas und Horte für junge Familien darstelle, die bereits mit gestiegenen Lebenshaltungskosten zu kämpfen hätten. Sie kritisiert, dass die Erhöhung ein falsches Signal sende, indem sie Kinder und Bildung als Luxus erscheinen lasse. Sie hebt die Bedeutung frühkindlicher Bildung für Chancengleichheit und soziale Teilhabe hervor und warnt vor den Folgen, wenn Familien sich Betreuung nicht leisten könnten. Dies führe zu Bildungslücken, sozialer Ungleichheit und langfristig zu einem Verlust an Lebensqualität und Zukunftsperspektiven in der Stadt.

Oberbürgermeister Zenner entgegnet, dass in den städtischen Einrichtungen weder Einkommen noch Herkunft eine Rolle spielten und dass Kinder aus allen sozialen Schichten Zugang zu den Angeboten hätten. Er kritisiert den Antrag der SPD/Initiative-Fraktion als populistisch formuliert und fordert eine sachliche Diskussion. Er betont, dass Familien, die sich die Kosten für die Kinderbetreuung nicht leisten könnten, Unterstützung vom Staat erhielten.

Stadtrat Sven Gerbeth, Vorsitzender der Fraktion Freie Bürgerliste Plauen, erklärt, dass er sich bei der Abstimmung über den Antrag der SPD/Initiative-Fraktion enthalten werde. Er äußert Verständnis für die Intention des Antrags, betont jedoch, dass die finanziellen Mittel begrenzt seien und nur einmal ausgegeben werden könnten. Er verweist auf die Herausforderungen, die durch die aktuelle politische und wirtschaftliche Lage entstehen, und warnt vor weiteren Einschnitten in den Bereichen Kultur, Soziales und Sport.

Stadtrat Gerbeth betont, dass er sich nicht zum „Erfüllungsgehilfen“ einer aus seiner Sicht falschen Bundespolitik machen lassen wolle.

Oberbürgermeister Zenner zeigt Verständnis für die geäußerten Bedenken, betont jedoch die Notwendigkeit, Entscheidungen zu treffen, die die Stadt in die Zukunft tragen. Er weist darauf hin, dass die Stadt keine finanziellen Überschüsse habe und dass die Darstellung von angeblich vorhandenen Mitteln in der Öffentlichkeit nicht der Realität entspreche. Er ruft dazu auf, weniger Populismus zu wagen und stattdessen Verantwortung zu übernehmen.

Stadtrat Christian Hermann, SPD/Initiative-Fraktion, führt aus, dass der Änderungsantrag seiner Fraktion darauf abziele, die Beiträge für Kitas und Horte bis zum 01.01.2026 einzufrieren. Er betont, dass die Haushaltslage dies zulassen würde und verweist auf die Berichterstattung der Kämmerin, die eine Verbesserung der Haushaltslage um 8 Mio. EUR sowie eine Liquiditätsrücklage von 51 Mio. EUR zum 01.01.2025 aufgezeigt habe.

Stadtrat Hermann argumentiert, dass die Stadt durch die Entscheidung, die Beiträge nicht zu erhöhen, kein Liquiditätsproblem bekommen würde, und fordert deshalb, die Eltern zu entlasten.

Frau Peggy Hein, Fachbedienstete für das Finanzwesen, widerspricht dieser Darstellung und erläutert, dass die Liquidität durch den Ausfall von Einnahmen im laufenden Jahr vollständig abfließen würde. Sie betont, dass die Stadt Plauen am Jahresende 2025 wieder auf dem Planniveau sei und dass die Einnahmen nicht mit dem steigenden Ausgabenniveau Schritt hielten.

Frau Hein weist darauf hin, dass die Kreditaufnahmen nicht gestrichen, sondern lediglich verschoben worden seien, um Zinsen einzusparen.

Stadtrat Prof. Dr. Lutz Kowalzik, CDU-Fraktion, äußert Bedenken hinsichtlich des Änderungsantrags der SPD/Initiative-Fraktion, da dieser einen Einnahmefall von über 1 Mio. EUR für den kommunalen Haushalt bedeuten würde. Er verweist auf die Herausforderungen im Theaterbereich und bei der Straßenbahnfinanzierung und warnt vor den Signalen, die ein solcher Verzicht auf Einnahmen an Verhandlungspartner senden könnte.

Stadtrat Jörg Schmidt, CDU-Fraktion, betont die emotionale Bedeutung der Diskussion um die Elternbeiträge und erinnert daran, dass die Verantwortung für die Anpassung der Beiträge in der Vergangenheit mehrfach verschoben worden sei. Er kritisiert den Änderungsantrag der SPD/Initiative-Fraktion und verweist auf die finanzielle Unterstützung des Freistaats Sachsen im Bildungsbereich. Stadtrat Schmidt betont die Notwendigkeit, realistisch zu bleiben und Verantwortung für die finanzielle Stabilität der Stadt Plauen zu übernehmen.

Oberbürgermeister Zenner kündigt an, dass er nach den Beiträgen von Stadtrat Lars Legath und Stadträtin Steffi Liedtke die Rednerliste schließen wird, um zur Abstimmung kommen zu können.

Stadtrat Lars Legath, Fraktion Bündnis Sahra Wagenknecht, äußert sich kritisch zur bisherigen Debatte und richtet seine Kritik insbesondere an die SPD/Initiative-Fraktion. Er führt aus, dass es die finanzpolitische Sprecherin der Landtagsfraktion der SPD, nicht geschafft hätte, auf Landesebene eine Entlastung der Kommunen zu erreichen, obwohl diese sich in einer finanziell äußerst angespannten Lage befänden.

Stadtrat Legath betont, dass die Kommunen aufgrund ihrer finanziellen Situation kaum noch handlungsfähig seien. Die Erstellung eines Haushaltsstrukturkonzeptes würde seiner Meinung nach aber nur deshalb nicht zustande kommen, weil Landesregierung den Kommunen erlauben würde, Schulden in beliebiger Höhe aufzunehmen.

Darüber hinaus verweist Stadtrat Legath auf Berichte und Verwaltungsvorlagen, die die wirtschaftliche Lage der Region betreffen. Er hebt hervor, dass mindestens zwei Unternehmen, an denen die Kommune beteiligt sei, kurz vor der Insolvenz stünden. Dies verdeutliche die prekäre finanzielle Lage, die es der Kommune nicht erlaube, weitere Ausgaben zu tätigen.

Stadträtin Steffi Liedtke, Fraktion Die Linke/Grüne, führt aus, dass es in der aktuellen Situation vorkomme, dass Kinder nicht in den Kindergarten, die Krippe oder den Hort gehen, da sich Eltern die entsprechenden Kosten nicht leisten könnten. Sie betont, dass dies ein bestehendes Problem sei und schlägt vor, die geplante Erhöhung der Gebühren gestaffelt über zwei Jahre hinweg umzusetzen. Konkret solle die volle Erhöhung erst in den Jahren 2026 und 2027 greifen. Dieser Vorschlag solle auch dazu dienen, eine Annäherung an die Position der SPD/Initiative-Fraktion zu ermöglichen.

**Stadträtin Steffi Liedtke übergibt folgenden Änderungsantrag an Oberbürgermeister Zenner:**

**Beschlussvorschlag:**

**Die Fraktion Die Linke/Grüne stellt den Antrag, die Erhöhung der Elternbeiträge zu je 50 % auf die Jahre 2026 und 2027 aufzuteilen.**

**Begründung:**

Eine Erhöhung der Summe von ca. 50 EUR (Krippe) ist den Eltern nicht zuzumuten, da gleichzeitig in einigen Einrichtungen die Betreuungszeiten reduziert wurden.

Herr Tobias Kämpf, Bürgermeister Geschäftsbereich I, betont, dass bei knapper werdenden Einnahmen verantwortungsvoll mit den verfügbaren Mitteln umgegangen werden müsse. Er kritisiert die Haltung von Frau Pfeil, die als Landtagsabgeordnete Eltern gegen die Stadt Plauen aufbringen würde, obwohl sie selbst auf Landesebene Verantwortung trage.

Bürgermeister Kämpf hebt hervor, dass die finanzielle Unterstützung durch das Land Sachsen nicht in der erwarteten Form erfolgt sei, was er als unehrlich empfinde. Er verweist auf die Belastungen der Kommunen durch Entscheidungen auf Bundes- und Landesebene, wie beispielsweise die Wohngeldreform, welche zusätzliche Kosten verursacht habe.

Bürgermeister Kämpf hebt hervor, dass die Stadt Plauen im Bereich der Kinderbetreuung gut aufgestellt sei. Er verweist auf die umfassende Abdeckung von Kita-Plätzen, die in der Region gewährleistet sei, und betont, dass die Aussage, Eltern könnten ihre Kinder nicht mehr in die Kita geben, nicht der Realität entspreche.

Bürgermeister Kämpf führt aus, dass die Stadt eine soziale Absicherung für Familien biete, einschließlich Rabatten für Geschwisterkinder und zusätzlicher Unterstützung für Alleinerziehende. So gäbe es beispielsweise für das zweite Kind 40 % Rabatt, für das dritte Kind 80 % Rabatt und für das vierte Kind sei die Betreuung kostenfrei.

Für Alleinerziehende gäbe es weitere Rabatte, die bis zu 90 % betragen könnten.

Zudem würden Bürgergeldempfänger und Menschen mit geringem Einkommen vollständig oder teilweise von den Beiträgen befreit. Für Eltern mit höherem Einkommen bestehe die Möglichkeit, bis zu 4.800 EUR jährlich steuerlich abzusetzen.

Bürgermeister Kämpf argumentiert, dass die geplante Erhöhung der Kita-Gebühren nicht überraschend komme, da diese bereits im Vorjahr im Rahmen eines Kompromisses beschlossen worden sei. Er betont, dass die Erhöhung in zwei Stufen erfolgte und nach der zweiten Stufe das Niveau der Beiträge eingefroren werde, sodass die Belastung der Eltern im Verhältnis zu den Gesamtkosten konstant bleibe.

Bürgermeister Kämpf appelliert an die Stadträte, dem Änderungsvorschlag der Verwaltung zuzustimmen, da dies nicht nur die Eltern, sondern auch den Vogtlandkreis und die Bundesregierung entlasten würde.

Herr Eric Hoffmann, Leiter Fachbereich Jugend, Soziales, Schulen, Sport, erläutert, dass der von Stadträtin Liedtke eingebrachte Änderungsantrag vorsieht, die Erhöhung der Elternbeiträge zu gleichen Teilen auf die Jahre 2026 und 2027 zu verteilen.

Er führt weiter aus, dass er aus Gründen der Entbürokratisierung und der Verständlichkeit der Vorschriften nicht empfehlen könne, eine weitere Unterteilung oder zusätzliche Stufen in die Satzung aufzunehmen.

Herr Hoffmann betont, dass eine solche Änderung die Satzung weniger stringent machen und die Notwendigkeit von Ausnahmeregelungen oder Übergangsregelungen mit sich bringen würde. Dies könne dazu führen, dass die Regelungen für die Bürgerinnen und Bürger schwer nachvollziehbar würden. Aus diesen Gründen kann Herr Hoffmann die Zustimmung zum Änderungsantrag von Stadträtin Liedtke nicht empfehlen.

Oberbürgermeister Zenner erläutert, dass die aktuelle Entscheidung zur Erhöhung der Elternbeiträge für Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege in der Stadt Plauen notwendig sei, um langfristig eine moderate Entwicklung der Beiträge zu gewährleisten. Er betont, dass die Erhöhung zwar kurzfristig belastend sei, jedoch eine generationengerechte Lösung darstelle, da andernfalls in zwei bis drei Jahren eine noch höhere Belastung auf die Eltern zukommen würde.

Oberbürgermeister Zenner ruft den Änderungsantrag der SPD/Initiative-Fraktion, **Reg. Nr. 84-25**, zur Abstimmung auf.

#### **Beschluss zum Änderungsantrag Reg. Nr. 84-25:**

Der Stadtrat beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die 7. Änderung der Satzung der Stadt Plauen über die Elternbeiträge für den Besuch von Kindertageseinrichtungen in der Stadt Plauen und für die Inanspruchnahme der von der Stadt Plauen angebotenen Kindertagespflege (Elternbeitragssatzung) nach folgenden Maßgaben dem Stadtrat zeitnah zur Beschlussfassung vorzulegen. Die dadurch entstehenden Defizite sollen vom Freistaat Sachsen und durch Mittel des Bundes kompensiert werden. Hierzu sind die Landespolitiker unserer Stadt Plauen aktiv einzubinden. Bis zur finanziellen Kompensation trägt die Stadt Plauen das entstehende Defizit.

1. Die Übergangsregelung § 8 der Elternbeitragssatzung i. d. F. vom 01.01.2024 wird wie folgt in die Elternbeitragssatzung mit Wirkung ab dem 01.01.2026 wieder aufgenommen:

„In Abweichung von § 4 Absatz 1 Satz 3 und Absatz 5 Satz 2 gelten die in der Anlage für das Jahr 2025 festgelegten Elternbeiträge bis zum 31.12.2026, soweit die Höhe der ungekürzten Elternbeiträge den Festlegungen in § 15 Absatz 2 SächsKitaG entspricht. Sofern der Elternbeitrag in einem Jahr den nach § 15 Absatz 2 SächsKitaG ermittelten Mindestbeitrag unterschreitet, gilt in diesem Jahr dieser Mindestbeitrag. Sofern der Elternbeitrag in einem Jahr den nach § 15 Absatz 2 SächsKitaG ermittelten Höchstbeitrag überschreitet, gilt in diesem Jahr dieser Höchstbeitrag.“ Die Anlage zur Elternbeitragssatzung ist entsprechend neu zu fassen.

2. In § 4 wird der Absatz 5 durch Absatz 5 der Fassung vom 01.01.2024 der Elternbeitragssatzung ersetzt, sodass zukünftig wieder der Stadtrat jährlich über die Elternbeitragssatzung per Beschluss entscheidet. Über die Änderung der Kita-Elternbeiträge ab dem 01.01.2027 wird der Stadtrat im Jahr 2026 entscheiden. Ziel ist dabei eine Fortführung der o. g. Übergangsregelung. Hierfür werden dem Stadtrat im Rahmen der Beratungen zur freiwilligen Haushaltskonsolidierung die finanziellen Auswirkungen dieser Regelung sowie der nun beschlossenen Haushalte in Bund und Land auf den städtischen Haushalt dargestellt.

**Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimmen; 26 Nein-Stimmen; 2 Stimmenthaltungen**

**Beschluss-Nr.: 12/25-22**

**Der Antrag wird mit Stimmenmehrheit abgelehnt.**

Oberbürgermeister Zenner bittet nunmehr um Abstimmung zum Änderungsantrag der Fraktion Die Linke/Grüne.

**Beschluss zum Änderungsantrag der Fraktion Die Linke/Grüne (in der Sitzung eingereicht):**

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt, die Erhöhung der Elternbeiträge zu je 50 % auf die Jahre 2026 und 2027 aufzuteilen.

**Abstimmungsergebnis: 8 Ja-Stimmen; 25 Nein-Stimmen; 4 Stimmenthaltungen**

**Beschluss-Nr.: 12/25-23**

**Der Antrag wird mit Stimmenmehrheit abgelehnt.**

Oberbürgermeister Zenner berichtet, dass die Erfolgsaussichten des Änderungsantrags des Oberbürgermeisters von den Fraktionen des Stadtrates der Stadt Plauen als eher gering eingeschätzt würden.

**Oberbürgermeister Zenner zieht seinen Änderungsantrag vom 29.09.2025 deshalb zurück.**

**4 Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)**

Stadträtin Kerstin Knabe, Fraktion Freie Bürgerliste Plauen, spricht die neue Sportanlage auf der Bergstraße an. Hier wären ständig Verschmutzungen festzustellen. Gleiches gilt für die anschließende Treppe am Hradschin und die Bank, welche sich unterhalb der Treppe befindet. Ein Herr Renè Goller würde dieses Areal derzeit von sich aus privat reinigen.

Stadträtin Knabe bittet um Prüfung, ob hier eine Möglichkeit bestünde, dieses Areal öfters zu reinigen.

Oberbürgermeister Zenner teilt mit, dass sich die Stadtverwaltung Plauen dieses Problems annimmt.

**Stadträtin Kerstin Knabe, Fraktion Freie Bürgerliste Plauen, spricht den Unfall auf der Holbeinstraße an. Seit dem Unfall ist die Holbeinstraße einseitig gesperrt, so dass eine längere Umleitung in Kauf genommen werden müsse. Die Sperrung soll wohl auch noch bis zum Frühjahr 2026 andauern.**

Stadträtin Knabe bittet um Prüfung, ob hier eine andere Lösung gefunden werden könne.

**Oberbürgermeister Zenner sagt eine schriftliche Beantwortung zu.**

**Stadträtin Kerstin Knabe, Fraktion Freie Bürgerliste Plauen, spricht noch einmal das Problem mit dem Stellplatz des Glascontainers in der Possig etwas ausführlicher an. Stadträtin Knabe habe von sich aus eine Ortsbegehung mit einem zuständigen Mitarbeiter des Landratsamtes durchgeführt. Seit Mai 2025 geht nichts mehr vorwärts.**

Stadträtin Knabe bittet darum eine Lösung für dieses Problem zu finden.

**Oberbürgermeister Zenner sagt eine schriftliche Beantwortung zu.**

**Stadtrat Lars Legath, Fraktion Bündnis Sahra Wagenknecht, bezieht sich auf die Aussage von Frau Hein, dass man mit gezielten Reformen und Bürokratie Kosten einsparen könne. Stadtrat Legath schildert hierzu die Verfahrensweise beim Aufstellen eines Containers. Nach Stellen des entsprechenden Antrages würde man von der Verwaltung 4 Bescheide erhalten: einen für das Aufstellen der Schilder, einen für die Sondernutzung und 2 Kostenbescheide mit 2 verschiedenen Kostennummern, welche getrennt überwiesen werden müssen.**

**Stadtrat Legath bittet zu prüfen, ob diese Verfahrensweise optimiert werden könnte, z. B. nur einen Kostenbescheid zu erstellen und einen Ansprechpartner zu erhalten, der über alle anfallenden Kosten insgesamt Auskunft geben könne.**

**Oberbürgermeister Zenner sagt eine schriftliche Beantwortung zu.**

**Stadträtin Maike Kühn, AfD-Fraktion**, fragt nach, wie der aktuelle Sachstand zum Reusaer Waldhaus sei.

Dieses Gebäude sei vor längerer Zeit an einen Investor zur Nutzung als private Arztpraxis mit Betreiberwohnung verkauft worden.

**Oberbürgermeister Zenner** sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

**Stadtrat Thomas Salzmann, CDU-Fraktion**, merkt an, dass vor längerer Zeit ein Spendenaufruf von der Stadtverwaltung für das „Lokomobil“ gestartet wurde. Er fragt nach dem aktuellen Sachstand hierzu.

**Oberbürgermeister Zenner** sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Plauen,

Plauen,

Steffen Zenner  
Oberbürgermeister

Claudia Hänsel  
Stadträtin

Plauen,

Plauen,

Peggy Glaß  
Schriftführerin

Ingo Eckardt  
Stadtrat

**Hinweis:**

Das Protokoll, wurde mit Hilfe einer KI erstellt.

Es ist ein Dokument, das automatisiert aus der Audio- oder Videodatei generiert wird.

Das KI-basierte Tool nutzen wir in der aktuellen Pilotphase. Dieses kann Sprache in Text umwandeln, wichtige Punkte extrahieren und das Protokoll strukturieren. Die Überprüfung erfolgte durch den Sitzungsdienst.

Gemäß § 26 Abs. 8 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen bleibt die Tonaufnahme bis zur Bestätigung der Niederschrift bestehen. Danach wird diese umgehend gelöscht.